

Einsturzgefahr Der Atommüll wird aus marodem Lager Asse geholt

15. Januar 2010, 13:19 Uhr

Das Bundesamt für Strahlenschutz treibt zur Eile: Der Atommüll in dem einsturzgefährdeten Lager Asse muss wieder herausgeholt werden, heißt es in einem Gutachten für Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU). Die Bergung der Müllfässer kostet Milliarden. Jetzt beginnt der Streit um die Kosten.



Marodes Lager: In der Asse, einem ehemaligen Salzbergwerk in Niedersachsen, lagern mehr als 100.000 Fässer mit radioaktivem Müll. Weil das Lager laut Gutachtern einsturzgefährdet ist, muss der Müll, der wie hier oft nur abgekippt wurde, wieder herausgeholt werden



FOTO: AFP

Karte: Atommüll-Lager in Deutschland

Der radioaktive Abfall wird aus dem maroden Atommülllager Asse bei Wolfenbüttel herausgeholt. Das gab das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Hannover bekannt. Die Rückholung der Abfälle sei die „beste Variante“, sagte der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, Wolfram König.

Zuvor werden aber Kammern geöffnet, der Zustand der Atommüll-Fässer wird überprüft. Die Langzeitsicherheit kann nach einem Gutachten nur durch die Rückholung des Abfalls gewährleistet werden. Das Gutachten erstellte die Strahlenschutz-Behörde im Auftrag des Bundesumweltministers Norbert Röttgen (CDU).

Das BfS hatte drei Stilllegungsoptionen erarbeitet. Die Behörde rät der Politik zu größter Eile, da die Grube instabil ist und Wasser eindringt. Mit den Arbeiten solle so schnell wie möglich begonnen werden. In einem Gutachten des Essener Ingenieur- und Consultingunternehmens DMT und des TÜV Nord werden die Kosten mit mehr als zweieinhalb Milliarden Euro beziffert.

Experten hatten auch den Plan einer Umlagerung innerhalb der Grube oder das Füllen der Kammern als Alternativen geprüft. Die 126.000 Fässer mit leicht- und mittelradioaktivem Atommüll könnten in den 20 Kilometer entfernten Schacht Konrad, einem stillgelegten Eisenerz-Bergwerk in Salzgitter, gebracht werden, berichtete der „Kölner Stadt-Anzeiger“.

An den Kosten der Bergung der Fässer und ihrer künftigen Lagerung müssen sich nach Ansicht der Umweltorganisation Greenpeace die Stromkonzerne als Hauptverursacher beteiligen. „Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung mit den Stromkonzernen über eine Laufzeitverlängerung für alte Atomkraftwerke und damit über ein weiteres Anwachsen des Atommüllberges spricht, während nicht einmal die Altschulden beglichen sind“, sagte Greenpeace-Atomphysiker Heinz Smital.

Die SPD wolle eine von den Konzernen zu bezahlende Brennelemente-Steuer einführen und dazu in Kürze einen Gesetzentwurf im Bundestag einbringen, sagte der Vize-Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrich Kelber. Damit würde der Atomstrom um 0,6 Cent pro Kilowattstunde teurer. Da aber der Strompreis an der Börse durch teurere Kraftwerke bestimmt werde, „senkt diese Brennelemente-Steuer nur die Gewinne der Atomkonzerne, ohne Auswirkungen auf den Strompreis zu haben“. Die SPD rechnet mit einer Milliarde Euro Mehreinnahmen.

Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) begrüßte die Pläne zur Öffnung des einsturzgefährdeten Atommüll-Endlagers. „Wir hoffen, dass dieser Weg glückt, dass er machbar ist“, sagte Wulff. Er sagte die Unterstützung der niedersächsischen Landesregierung zu und betonte zugleich: „Man soll aber nicht den Eindruck erwecken, das sei schon die Lösung des Problems.“

Mit der Uran-Besteuerung werde der Staat zunächst knapp eine Milliarde Euro pro Jahr einnehmen, berichtete Kelber. Damit könnten die Kosten für die Sanierung der Asse, aber auch des Einlagerungs-Standorts Morsleben in Sachsen-Anhalt bezahlt werden. „Anders als CDU/CSU und FDP lehnen wir eine Bezahlung dieser Kosten durch die Allgemeinheit ab.“

1 von 32

Die Zwischenfälle in den deutschen Atomkraftwerken dpa/ohf

Das Bundesamt für Strahlenschutz hat die meldepflichtigen Ereignisse aus deutschen Atomkraftwerken aufgelistet: